

Erhard Eppler

## Was nicht zur Ware werden darf



picture-alliance/dpa

**Erhard Eppler**

(\* 1926) Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit a.D.; war von 1970 bis 1991 Mitglied des Bundesvorstandes der SPD und von 1973 bis 1992 Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission.

Wo immer im deutschsprachigen Mitteleuropa von »Waren« gesprochen wurde, war damit gesagt: Das kann man kaufen und natürlich auch verkaufen. Die engen Dorflädchen mit ihrem eigentümlichen Geruch, in denen man für den täglichen Gebrauch fast alles kaufen konnte, nannten sich »Kolonialwarenladen«. Wo »Kurzwaren« feilgeboten wurden, konnte man Nadeln oder Fingerhüte erwerben, für Messer oder Scheren ging man zum »Metallwarenhändler«. Dazu gab – und gibt es Backwaren, Süßwaren, Textilwaren, Schreibwaren. Sogar im Englischen war »Hardware« lange etwa das, was in Deutschland Metallwaren hieß. »Software« ist ganz sicher nichts, was man über den Ladentisch reichen kann, aber eben doch etwas, was man kaufen und verkaufen kann.

Ware ist, was man auf dem freien Markt kaufen und verkaufen kann. Zur Ware wird, was auf dem Markt gekauft und verkauft wird.

Der Amerikaner Michael J. Sandel hat 2012 ein Buch mit dem Titel *What Money Can't Buy* geschrieben. Die deutsche Übersetzung trägt korrekterweise den Titel »Was man für Geld nicht kaufen kann«. Wer als älterer Europäer das Buch aufmerksam durchgelesen hat, erfährt vor allem, was man inzwischen alles für Geld kaufen kann: Für 39 Dollar etwa das Recht, zuerst ins Flugzeug einsteigen zu können, für 149 Dollar den Vorzug, nicht Schlange stehen zu müssen. Man kann sich Eintrittskarten kaufen für Anhörungen im US-Kongress. Wer sicher sein will, dass im Notfall der Arzt spätestens am nächsten Tag nach einem sieht, zahlt irgendetwas zwischen 1.500 und 25.000 Greenbacks. Natürlich gibt es, wie anderswo

auch, schwarze Märkte für Eintrittskarten, wenn ein Theaterstück Besonderes zeigt oder der Papst selbst eine Messe liest. Sandel legt Wert auf die Feststellung, dass das meiste von alledem vor 30 Jahren noch nicht gehandelt worden sei.

Das gilt auch für die lukrativeren Geschäfte, die mit dem Tod zu machen sind. Man kann alten, möglichst hoffnungslos Kranken ihre Lebensversicherung abkaufen, ihnen etwa die Hälfte dessen auszahlen, was nach ihrem Tod fällig wird, ihnen versprechen, künftig die Prämien zu zahlen und dann hoffen – oder gar beten –, dass der Patient bald stirbt. Denn mit jeder Woche, die er überlebt, sinkt die Rendite. Und man kann, ähnlich wie bei den Hypotheken, die beim Kauf oder Bau eines Hauses aufgenommen wurden, auch gekaufte Lebensversicherungen in Wertpapiere verwursteln – immerhin ein Markt von 13 Milliarden Dollar pro Jahr – und dadurch Tausende dazu anhalten, auf den raschen Tod anderer zu wetten. Wetten kann man, so Sandel, auch direkt auf den Tod von Prominenten. Dazu muss man dann versuchen, möglichst viel

über deren Gesundheit oder Krankheit herauszufinden. Firmen können Lebensversicherungen für ihre Angestellten abschließen, manchmal sogar, ohne dass diese darüber informiert werden. Schließlich zahlt die Firma die Prämien, und sie kassiert dann nach dem Tod des Angestellten. Offenbar kann die Firma so Steuern sparen.

Eindrucksvoll, was im Bereich der Werbung inzwischen gekauft und verkauft wird: Der Name von Stadien, in denen Baseball oder American Football gespielt wird. Wo vorher der Name des Stadions eher eine Ortsangabe war oder aber einen berühmten Sportsmann ehrte, heißt das Stadion »US Cellular Field« nach einer Firma für Mobiltelefone. Schon 2004 gab es über solche Namenswechsel 66 Verträge im Gesamtwert von 3,6 Milliarden Dollar.

Kommunen sind gezwungen, U-Bahnstationen – die eigentlich den Zweck haben, dem Fahrgast anzugeben, wo er ist – nach irgendeiner Firma umzubenennen, wenn diese ausreichend bezahlt. Städte verkaufen auch das Recht, in öffentlichen Parks, etwa auf Wegweisern, Reklame anzubringen. In New Jersey wurde 2001 die erste öffentliche Grundschule für 5 Millionen umbenannt. Ihr Name ist jetzt Werbeträger für eine Firma.

Schließlich erfahren wir von Sandel, wie die Ärmsten der Armen bereit sind, selbst zum Werbeträger zu werden und schließlich sogar mit Werbung, auf die Stirn tätowiert, durch die Welt zu laufen.

Natürlich berichtet Sandel all dies nicht unkritisch. Wenn er sorgsam das Für und Wider abwägt, hat er wohl die amerikanischen Leser im Blick, die sich an manches, was ihn – und uns – wundert oder abstößt, schon gewöhnt haben. Er tastet ab, was unmoralisch sein könnte oder auch unästhetisch. Er übersieht auch nicht, dass die Bürgermeister, die den Namen ihrer U-Bahnstationen verkaufen, dies nicht freiwillig tun, ganz zu schweigen von der Frau, die sich die Stirn hat tätowieren lassen.

Was in diesem höchst instruktiven Buch allerdings fehlt, ist die Frage, warum denn dem Bürgermeister und der erniedrigten Frau nichts anderes übrig bleibt. Noch weniger lässt sich Sandel auf die Frage ein, was denn geschehen müsste, damit sie nicht tun müssen, was sie offenkundig nur gezwungen tun. Vielleicht ist es sein pädagogisches Konzept, die Empörung und das Weiterdenken dem Leser zu überlassen.

### **Sozialstaat schützt die Menschenwürde**

Warum geschieht Ähnliches nicht (oder nur in sehr geringem Ausmaß) in Frankreich, in Deutschland? In Frankreich schon deshalb nicht, weil der Bürgermeister vorher in Paris anfragen müsste, aber eben auch aus dem simplen Grund, dass die Gemeinden finanziell nicht so ausgehungert sind wie in den USA. Vielleicht käme in Frankreich gar kein Unternehmer auf eine solche Idee, weil er fürchten müsste, dass die öffentliche Empörung über sein Ansinnen seine Firma in den Bankrott treiben könnte. Für Deutschland gilt etwa dasselbe, nur dass nicht die Bundesregierung, sondern eine Landesregierung, von aufgeregten Bürgern wachgerüttelt, eingriffe. Und ein Werbeslogan auf der Stirn einer Frau wäre die perfekte Negativwerbung. Offenbar hat der Sozialstaat doch etwas zu tun mit der Menschenwürde. Denn wo jeder Mensch Anspruch hat auf

ein »menschwürdiges Existenzminimum«, wird eine Arbeitslose eher zum Sozialamt gehen, als sich einen Werbespruch auf die Stirn tätowieren zu lassen. Und kein Unternehmer, der rechnen kann, würde sie dazu überreden.

Was den Europäer an Sandels Buch vielleicht noch mehr wundert, sind die zwei Gebiete, die er ganz ausklammert, obwohl gerade dort gegenwärtig entschieden wird, was zur Ware werden darf und was nicht: die innere Sicherheit und die Bildung. Offenbar ist in den USA bereits entschieden, dass beides Ware ist, die man kaufen kann.

In der Bundesrepublik, wo seit den frühen 60er Jahren das öffentliche Schulwesen kostenfrei ist und die Universitäten seit 1970 ohne Gebühren auskamen, wurden durch die marktradikale Welle Studiengebühren möglich, ja zum Ausweis neoliberalen Fortschritts. Man rechnete den Studenten – und ihren Eltern – vor, wie damit das Studium angenehmer, effizienter, besser würde, kurz: was die Studenten davon hätten. Und wenn man die Frage außen vor ließ, warum die Bundesländer, die Träger der Universitäten, dies nicht selbst erledigten, gab es viele »pragmatische« Argumente dafür. Jetzt, nachdem den Verheißungen der Marktradikalen seit der Bankenkrise niemand mehr glaubt, will sogar die CSU, von einem Volksbegehren erschreckt, die Gebühren abschaffen.

Das entscheidende Argument gegen die Studiengebühren war von Anfang an grundsätzlicher Art: Bildung ist keine Ware, die einzelne sich leisten können oder auch nicht, sondern ein Menschenrecht und Bürgerrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist. Dass dieses Bürgerrecht auch den Kindergarten einschließt, hat zuerst Kurt Beck begriffen. Seit er in Rheinland-Pfalz die Gebühren

**»Bildung ist keine Ware, die einzelne sich leisten können oder auch nicht, sondern ein Menschenrecht und Bürgerrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist.«**

abgeschafft hat, versuchen andere Länder nachzuziehen. Und das wird auch gelingen, nachdem die Bürgerinnen und Bürger ziemlich immun geworden sind gegen die patentierten Steuersenker. Die Zeiten, in denen sie als Volksbeglückter auftreten konnten, sind offenbar vorbei.

Für die Sozialdemokraten hat vor 150 Jahren Ferdinand Lassalle den »inhaltlichen Zweck« des Staates definiert: »(...) das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen (...), alle Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig sei, zum wirklichen Dasein herauszubringen (...)«

Das war vielleicht nicht ganz die Sprache, die damals wie heute Arbeiter begeistern konnte. Aber schon Lassalle machte immer wieder klar, dass der Staat einen Bildungsauftrag hat. In den USA hat er den nicht. Für wenig Geld kann man eine dürftige, für mehr Geld eine solidere und nur für sehr viel Geld eine exzellente Bildung kaufen. Und sogar ein kritischer US-Bürger wie Sandel stört sich daran nicht.

### **Die »Manchester-Männer« am Werk**

Dass der Staat auch verpflichtet ist, seine Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen, war in Europa lange Zeit mehr ein Thema der Konservativen. Sie bestanden darauf, dass der Kern des (modernen) Staates

sein Gewaltmonopol sei. Noch in den 70er Jahren wurde dieses Gewaltmonopol von der äußersten Linken angefochten, nicht nur von der RAF.

In den USA, wo die Zivilgesellschaft vor dem Staat da war, wo das Recht zum Waffentragen in der Verfassung verankert ist, war dieses Gewaltmonopol von Anfang an relativiert. Seit die marktradikale Welle vor allem die Republikaner erfasst hat, sind es dort zuerst die Konservativen, die auch den Teil des Staates privatisieren, der das Gewaltmonopol ausdrückt und realisiert.

Ob Gefängnisse privatisiert werden, wird zur reinen Kostenfrage, obwohl doch nur der Staat aufgrund seiner Gesetze das Recht hat, Menschen einzusperren. Zum ersten Mal seit 150 Jahren wird auch die Prognose Ferdinand Lassalles Wirklichkeit, der schon 1863 den »Manchester-Männern« unterstellte, sie wollten »den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen«. Was das Pentagon im Rahmen des Irakkrieges an Aktiengesellschaften überwiesen hat, ist weit mehr als die Summe, die für den Einzelplan 14 (Verteidigung) im Bundeshaushalt steht. Solche halb-militärischen Aktiengesellschaften haben manchen Vorteil: Sie agieren in einer rechtlichen Grauzone, taugen daher auch für dubiose Geschäfte, und wenn ein Angestellter umkommt, so muss er nicht im Zinnsarg, bedeckt mit der Nationalflagge, nach Hause geflogen werden. Er war Opfer eines Betriebsunfalls.

Lassalles Warnung, die »Manchester-Männer« wollten auch die Polizei abschaffen, war in dieser Form Polemik. Aber wenn in einer Stadt auf einen Polizisten sechs oder sieben Angestellte privater Sicherheitsdienste kommen, dann bestätigt sich doch, was dieser hell-sichtige Intellektuelle sagen wollte: Denkt man den marktradikalen Ansatz zu Ende, so wird auch die Sicherheit vor Verbrechen, wie alles andere, zu einer Ware, die einige kaufen, sich leisten können, viele nicht. Dies wird noch deutlicher, wenn man die »Gated Communities« betrachtet, die sich mitten in Großstädten oder an ihrem Rand etabliert haben. Hinter elektrisch geladenen Zäunen bewachen privat angeheuerte und besoldete Sicherheitsleute eine »Gemeinde« aus Familien, die es sich leisten können, auf den ohnehin dürftigen staatlichen Schutz ganz zu verzichten.

*Gated Communities*, wo immer sie sich ausbreiten, signalisieren die Spaltung der Gesellschaft. Was in großen Städten die Bewohner solcher »communities« noch mit denen der Slums – ein paar Kilometer weiter – verbindet, ist nur noch Furcht und Hass. In den Slums mehr Hass als Furcht, in den »communities« mehr Furcht als Hass. Aber dass beide sich als Teile derselben stolzen Nation verstehen, mag der Präsident hin und wieder beschwören, Realität ist es nicht.

Was auch ein kritischer Beobachter wie Michael Sandel bestenfalls anzudeuten wagt, ist die legitime Funktion des Staates, auch und gerade des demokratischen. Aufgabe dieses Staates ist es, dafür zu sorgen, dass nicht zur Ware wird, was – im Blick auf Bürgerrechte und Menschenrechte – nicht zur Ware werden darf.

Natürlich ist nirgendwo verfügt, dass ein U-Bahnbenutzer das Recht hat, am Namen der Station abzulesen, wo er ist. Aber natürlich hat er dieses Recht. Nirgendwo steht geschrieben, dass ein Mensch nicht durch Tätowierung zum lebenslänglichen Werbeträger erniedrigt werden darf. Aber wenn »alle staatliche Gewalt«, wie es im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt, dazu verpflichtet

**»Gated Communities, wo immer sie sich ausbreiten, signalisieren die Spaltung der Gesellschaft.«**

ist, die Menschenwürde »zu achten und zu schützen«, dann muss dieser Staat dafür sorgen, dass niemand sich genötigt fühlt, sich die Stirn tätowieren zu lassen und dass niemand auf die Idee kommt, eine solche Erniedrigung kaufen zu wollen.

### Den Staat nicht verhungern lassen

Man wird darüber streiten können – und müssen –, was zur Ware werden darf und was nicht. Müssten wir als Konzertbesucher allein mit unseren Eintrittskarten die Existenz des Orchesters sichern, wir würden uns über die Preise wundern. Wir können Beethovens Violinkonzert nur hören, weil der Staat sich erstklassige Orchester leistet. Mit unserer Eintrittskarte helfen wir ihm dabei, zahlen einen winzigen Bruchteil dessen, was ein großes Orchester kosten muss.

Es gibt also Zonen, in denen der Staat dafür sorgen muss, dass eine kulturelle Leistung überhaupt erbracht werden kann, zum anderen für die Bürger bezahlbar bleibt. Aber wo es um Bildung oder Sicherheit geht, muss der Staat verhindern, dass etwas zur käuflichen Ware wird, was dazu nicht werden darf.

Was die Sicherheit angeht, so muss die Linke noch lernen, dass es dabei um Gerechtigkeit geht. Es ist wohl keine ungerechtere Gesellschaft denkbar als eine, in der eine alleinstehende Rentnerin es nicht mehr wagen kann, abends ins

Kino, in einen Vortrag oder in die Kirche zu gehen, während eine betuchte Dame sich dorthin von ihrem Fahrer bringen und abholen lässt.

**»Der Staat muss dafür sorgen, dass eine kulturelle Leistung erbracht werden kann, und für die Bürger bezahlbar bleibt.«**

Wenn der Staat die elementare Aufgabe hat, zu verhindern, dass zur Ware wird, was nicht zur Ware werden darf, muss er auch die Mittel dafür bekommen.

Die Marktradikalen Amerikas wissen, was sie tun, wenn sie die Parole ausgeben: »Starve the beast!« Lass das Biest (den Staat) verhungern! Dabei meinen viele Republikaner denselben Staat, den sie auch regieren wollen. Noch in diesem Jahrzehnt wird sich zeigen, dass beides zusammen nicht geht. In Europa muss die Zeit, in der jede Steuersenkung gut und richtig war, zu Ende sein, jedenfalls solange, bis der demokratische Staat – und das sind in Deutschland die Gemeinden, die Länder und der Bund – imstande ist, seine Pflichten zu erfüllen.

Wo tendenziell alles zur Ware werden kann, haben wir eine Marktgesellschaft. Wo darüber gestritten wird, was zur Ware werden darf und wo es – schon durch die Verfassung – Bereiche gibt, die dem Markt entzogen bleiben müssen, haben wir eine Marktwirtschaft. Es sieht so aus, als ob die Deutschen dies verstanden hätten. Die Mehrheit ist nicht für die Marktgesellschaft. ■